

Protokoll Nr. 8 (2019-2023)

der öffentlichen Sitzung des Fachausschusses „Soziales, Integration, Jugend, Kultur und Sport“ des Beirats Vahr am 23.01.2023 im Bürgerzentrum Neue Vahr, Raum C03/04

Beginn: 18:40 Uhr Ende: 21:00 Uhr

Anwesend waren:

- | | |
|----------------------|---|
| a) vom Fachausschuss | Furkan Köle
Ulrich Maas (bis 20:30 Uhr)
Oliver Saake (i.V. für Kathrin Lammel)
Helmut Weigelt |
| b) vom Ortsamt | Sarai Auras
Fabio Fangmann
Stefan Freydank |
| c) vom Beirat | Bernd Siegel |
| e) als Gäste | Janin Popa (Verein Täter-Opfer-Ausgleich Bremen e.V.) zu TOP 1
Claus Lumma (zu TOP 2)
Sandra Grohnert (Senatskanzlei, Jugendbeteiligung) zu TOP 3 |

Frau Auras eröffnet die Sitzung und begrüßt die anwesenden Mitglieder des Fachausschusses, des Beirats und Gäste.

Die Tagesordnung wird wie vorgelegt genehmigt.

Das Protokoll Nr. 7 der Fachausschusssitzung am 14.09.2022 wird ebenfalls genehmigt.

TOP 1: Vorstellung des Vereins Täter-Opfer-Ausgleich Bremen e.V.

Frau Popa, Psychologin, Mitarbeiterin u.a. zuständig für den Stadtteil Vahr, stellt die Aufgaben, Arbeitsinhalte und Themenschwerpunkte des Vereins „Täter-Opfer-Ausgleich Bremen e.V.“ mit einer detaillierten PowerPoint-Präsentation vor: ¹

Zu den Ausführungen aus der Präsentation einige Punkte nachfolgend:

Der Verein Täter-Opfer-Ausgleich Bremen e.V. wurde 1988 gegründet. Die Mitarbeitenden haben Ausbildungen aus unterschiedlichen Fachrichtungen (u.a. Psychologie, Jura und Sozialpädagogik).

Seit 1994 ist die Möglichkeit des Täter-Opfer-Ausgleichs im Strafgesetzbuch und der Strafprozessordnung implementiert.

Der Verein Bremen führt unterschiedliche Maßnahmen und Projekte durch:

- Schlichten in Nachbarschaften
- Schulprojekte in Bremen Ost und Bremen Nord
- Cyberschulungen- und Workshops
- TOA im Vollzug
- Stalking-KIT
- Häusliche Gewalt
- Arbeitsschwerpunkt ist die justizunabhängige und bürgernahe außergerichtliche Konflikt-schlichtung;

¹ Die Präsentation zu den Arbeitsinhalten und Aufgaben des Vereins ist dem Protokoll als Anlage 1 beigelegt.

- Bei Straftaten – Bemühung um einen Ausgleich zwischen Täter:innen und geschädigter Person im Sinne einer materiellen Schadenswiedergutmachung und in ideeller Hinsicht.

Die Angebote beruhen auf Freiwilligkeit. Sie sind vertraulich, allparteilich und kostenlos. Mit den Konfliktparteien können mehrere (Einzel-)Gespräche durchgeführt werden. Außergerichtliche Verständigungen und Schlichtungen können zu jedem Zeitpunkt eines Ermittlungsverfahrens und / oder Gerichtsverfahrens durchgeführt werden. Bestenfalls können dadurch ferner straf- und / oder zivilrechtliche Verfahren gänzlich vermieden werden. Die Initiierung / der Vorschlag von Konfliktschlichtungsprozessen erfolgt durch unterschiedliche Seiten. Sei es durch die Konfliktparteien selbst oder auch durch externe Dritte wie u.a. Polizei, Wohnungsgesellschaften, Sozialeinrichtungen, Nachbarschaftstreffs, Richter:innen etc.

Projektvorstellung „Schlichten in den Nachbarschaften“:

Das Projekt gibt es seit dem Jahr 2000 im Stadtteil Vahr. Es soll der niedrigschwelligen und wohnortnahen Konfliktschlichtung dienen. Die Projektfinanzierung erfolgt u.a. anteilig durch die Justiz.

Bei den Sachverhalten geht es überwiegend um Tatbestände wie: Sachbeschädigungen, Verleumdungen, Vandalismus, Körperverletzung, illegales Abfotografieren, Filmen und Verbreitung der Aufnahmen;

weiterhin auch Nachbarschaftskonflikte, jugendtypische Konflikte, Beziehungs- und Familienstreitigkeiten, ethnische Konflikte, Konflikte verursacht durch psychische Krisen und Einfluss von Substanzen.

Die Schlichtungsgespräche finden in der Regel nach der Triangulations-Methode statt. Es nehmen daher oftmals Studierende / Praktikant:innen teil, um für die Schlichtung noch weitere Perspektiven wahrnehmen zu können.

Während ihrer Ausführungen und am Ende der thematischen Befassung geht Frau Popa weiterhin auch auf Nachfragen ein:

- Die Angebote des Vereins haben primär Mediationscharakter; originäre Rechtsberatung kann und darf nicht selbst durchgeführt werden – kann nur vermittelt werden;
- Die Altersstruktur der Klient:innen bewegt sich hauptsächlich im mittleren Erwachsenenalter bis in den Bereich der Senior:innen hinein.
- In der Regel gibt es jeweils pro „Fall“ nur ein Schlichtungsgespräch; es kommt aber auch vor, dass mehrere Gesprächstermine vereinbart werden und gelegentlich nehmen Personen auch mehrfach zu unterschiedlichen Anliegen das Angebot des Vereins wahr bzw. werden diesbezüglich angehalten;
- Ein Schlichtungsgespräch dauert in der Regel eine Stunde. Ggf. werden Anschlussgespräche für 30 Minuten terminiert.
- Termine werden möglichst schnell vergeben – der Konflikt, der Tatbestand soll zügig bearbeitet werden;
- Die Nachfrage nach Schlichtungsgesprächstermine ist sehr hoch.

TOP 2: Aufbereitung des Graffitis am Widerlager der Brücke Richard-Bohljahn-Allee (Karl-Kautsky-Straße)

Herr Lumma, Graffiti-Künstler, stellt den Fachausschussmitgliedern sein Anliegen vor:

1997 brachte der Bremer Graffiti-Künstler Andreas „Keno“ Schnaars ein großflächiges Graffiti am Widerlager der Brücke Richard-Boljahn-Allee (Karl-Kautsky-Straße) an. Die Arbeiten des Herrn Schnaars waren stilbildend für die Graffiti-Szene in Bremen ab Mitte der neunziger Jahre. Andreas Schnaars starb im Januar 2005.

Herr Lumma möchte das o.g. Graffiti zeitnah ausbessern, restaurieren und für den dauerhaften Erhalt und die Pflege sorgen. Er sichert zu, die dafür notwendigen Aufwendungen und Materialkosten selbst zu tragen.

Frau Auras informiert darüber, dass das Amt für Straßen und Verkehr (ASV), als Eigentümer der Brücke, dem Vorhaben bereits zugestimmt habe. Die entsprechende vertragliche Vereinbarung zwischen dem ASV und Herrn Lumma werde geschlossen.

Die Mitglieder des Fachausschusses zeigen sich sehr angetan und unterstützen und begrüßen einstimmig – damit für den Beirat – das Anliegen. Es wird als Idee angeregt, ein Hinweisschild zur postumen Ehrung des Künstlers anzubringen. Die Fachausschussmitglieder regen ferner gegenüber Herrn Lumma an, ggf. auch einen Globalmittelantrag für die Vorhabenumsetzung an den Beirat einzureichen.

TOP 3: Jugendpartizipationsprojekt im Stadtteil Vahr – Ideen für die Etablierung eines Jugendforums und Vorgehen

Fabio Fangmann und Stefan Freydank stellen das neue Projektvorhaben mit Unterstützung einer PowerPoint-Präsentation vor:²

Zu den Ausführungen aus der Präsentation einige Punkte nachfolgend:

- Von Seiten des Ortsamts wird jetzt in 2023 ein neuer Anlauf unternommen, im Stadtgebiet Vahr ein Jugendbeteiligungsformat in Form eines Jugendforums strukturell zu etablieren.
- Das Jugendforum soll, so die Idee, in der mittel- und langfristigen Perspektive, selbstbestimmt und eigenständig agieren, um Themen und Projekte für junge Menschen im Stadtteil zu diskutieren, zu entwickeln und umzusetzen.
- Ein Jugendforum bietet einen niedrigschwelligen Partizipationszugang für interessierte Jugendliche (Mitglieder müssen nicht, wie für einen Jugendbeirat, gewählt werden und müssen auch nicht notwendigerweise im Stadtteil mit der Wohnanschrift gemeldet sein).
- Zur Unterstützung können in 2023 ca. 3.900,00 Euro an Jugendglobalmitteln von der Senatskanzlei abgerufen werden.
- Auf der Beiratssitzung Vahr am 21.02.2023 soll der Beirat darüber befinden, ob die Etablierung des Jugendforums unterstützt wird. Weiterhin sollen hierbei entsprechende Festlegungen zu Rahmeneckpunkten und Geschäftsordnungsfragen (Mitgliederanzahl, Altersstruktur der Mitglieder, Festlegungen zur Beschlussfähigkeit, ggf. Festlegungen über ein Globalmittelbudget des Beirats für Jugendprojekte) erfolgen.
- Die Fachausschussmitglieder werden gebeten, das Thema in ihren Fraktionen zu beraten und entsprechende Vorschläge / Anregungen für die Beiratssitzung am 21.02.2023 einzubringen (ein Entwurf der Geschäftsordnung wird durch das Ortsamt an die Beiratsmitglieder übermittelt).
- Das Jugendforum soll durch einen Mitarbeitenden des Ortsamtes und eine externe pädagogische Fachkraft für organisatorisch-technische Dinge begleitet werden. Themensetzungen, Ideenfindung, Impulsgebung, Umsetzung von Projekten etc. soll durch die Jugendlichen selbst- und eigenständig erfolgen.
- Es soll kein Jugendforum des Ortsamtes sein – sondern ein Forum der Jugendlichen für die Jugendlichen im Stadtteil Vahr.
- In 03/2023 soll ein Ersttreffen der Jugendlichen erfolgen – weitere Schritte zur Gruppenfestigung und Themenfindungen (u.a. Jugendbeteiligungstag) sollen mittelfristig folgen.

Im Anschluss daran erläutert Frau Grohnert weitere Unterstützungsmöglichkeiten:

- Die Möglichkeit zur Bildung von Jugendforen besteht in Bremen seit ca. 2 Jahren. Im Gegensatz zu den Jugendbeiräten, sind die Zugangsbedingungen eher niedrigschwellig. Die Jugendforen sind aber voll gleichberechtigt und stehen mit den Jugendbeiräten auf einer Stufe. Mitglieder beider Beteiligungsformen können sich zudem bei Fragen etc. direkt an die Senatskanzlei wenden.
- Die Unterstützung erfolgt auch über die Senatskanzlei. Es gibt u.a. regelmäßige Begleitgruppentreffen und auch themenspezifische Fachtage. Ferner werden stadtteilbezogene

² Die Präsentation zur Vorstellung des Projektvorhabens Jugendforum Vahr ist dem Protokoll als **Anlage 2** beigefügt.

Jugendbeteiligungskurse über die Senatskanzlei auf der Lernmanagementplattform „Its-learning“ eingestellt. Zu diesen Kursen haben alle Schüler:innen ab Klasse 7 den Zugang. Die Jugendbeteiligungskurse sollen die Jugendbeteiligungsformate in den jeweiligen Stadtteilen zur Unterstützung dienen (Informationsweitergabe, Hinweis auf Termine, Ansprache von neuen Mitgliedern etc.). Ferner können hier auch Umfragen geschaltet werden.

Herr Siegel dankt als Beiratssprecher für die Ausführungen und spricht sich klar für einen neuen Anlauf aus, ein Jugendbeteiligungsformat im Stadtteil Vahr auf den Weg zu bringen. Herr Siegel betont und stellt dar, dass es bereits seit 2013 mehrere Versuche gab, Jugendbeteiligung zu initiieren. Diese seien aber aus unterschiedlichen Gründen bisher immer wieder gescheitert – zuletzt 2020 kurz vor den Beschränkungen der Corona-Maßnahmen. Man müsse nun ferner sehen, ob das geplante Jugendforum beispielsweise auch über WiN-Mittel unterstützt werden könne.

Herr Köle empfiehlt, vor allem soziale Medien zur Information über das Jugendbeteiligungsprojekt zu nutzen.

Frau Grohnert betont, dass sich die Situation für Jugendbeteiligungsformate im Gegensatz zu früheren Jahren verbessert habe. Insbesondere verfüge die Senatskanzlei seit gut 2 Jahren über finanzielle und personelle Ressourcen, die Jugendbeteiligungsformate in den Stadtteilen nachhaltig zu unterstützen. Wichtig sei zudem, dass das Jugendforum durch ein Tandem – bestehend aus dem Ortsamt und beispielsweise einer (sozial-)pädagogischen Fachkraft – kontinuierlich begleitet und unterstützt werde. Die Mittel für eine externe pädagogische Fachkraft würden sich ferner auf 3.600,00-3.800,00 Euro jährlich belaufen (für 4h Begleitung pro Monat). Die Gelder müssten durch einen Träger / Verein beim Beirat als Globalmittelantrag eingereicht werden. Ohne die feste Unterstützung und Begleitung wird das Jugendforum nicht dauerhaft funktionieren können. Auch hier könne die Senatskanzlei fachlich unterstützen und beraten.

Herr Saake spricht sich ebenfalls für einen neuen Anlauf zur Schaffung eines Jugendforums aus. Seiner Ansicht nach, kämen hier Schüler:innen ab den Klassenstufen 7 und 8 in Frage. Herr Saake regt weiterhin an, ggf. über ein Delegiertenprinzip nachzudenken. Schulen, Freizeiteinrichtungen, Jugendgruppen, Kirchengemeinden etc. könnten hierbei Vertreter:innen in das Jugendforum entsenden und wären damit vertreten. Herr Saake könnte sich auch, vor Gründung des Jugendforums, vorstellen einen Arbeitskreis aus Mitgliedern des Beirats zu bilden, um über bestimmte Eckpunkte zu sprechen, beispielsweise auch, ob der Beirat aus seinen Globalmitteln ein Budget für Jugendbeteiligung zur Verfügung stellen könnte. Ferner bräuchten die Jugendlichen auch einen eigenen Raum, um sich treffen zu können und es sei wichtig, Kontinuität für die Jugendlichen zu schaffen.

Herr Sauter (Oberschule an der Kurt-Schumacher-Allee) bringt sich als anwesender Gast der Sitzung in die Diskussion ein. Seiner Ansicht nach müsse vor einer Rahmensetzung in Form einer Geschäftsordnung, zunächst die Themen- und Interessenlage der Jugendlichen sondiert werden und welche möglichen Problemlagen es gäbe. Es müsse Interesse bei den Jugendlichen erzeugt werden. Es müssten Themen sein, die Verbesserungen der aktuellen Situation erzeugen und glaubwürdig seien – nur so könne erfolgreiche Partizipation gelingen. Die jungen Menschen müssten dort abgeholt werden, wo sie sind. Man solle sich zudem bei der Etablierung des Jugendforums keinen Zeitdruck machen.

Frau Grohnert pflichtet Herrn Sauter bei. Ihr Vorschlag wäre auch, zunächst über eine Umfrage herauszubekommen, welche Themen die Jugendlichen im Stadtteil bewegen und interessieren und diese dann als Aufhänger zu nehmen. Es sollten zudem Dinge angegangen und umgesetzt werden, die schnellen Erfolg brächten.

Herr Siegel spricht sich weiterhin dafür aus, dass der Rahmen für das Jugendforum bereits zeitnah stehen sollte und das Angebot zur Jugendbeteiligung weiter bekannt gemacht werden müsse, was ja auch durch das Ortsamt bereits erfolgt sei.

Herr Saake betont, dass das Jugendforum Spaß machen sollte. Daher könne er sich als Auftaktveranstaltung eine Party vorstellen, deren Finanzierung über die Jugendglobalmittel erfolgen

könnte. Er spricht sich ebenfalls dafür aus, sich keinem Zeitdruck auszusetzen.

TOP 4: Verschiedenes

Es liegt nichts vor.

Vorsitz

Protokoll

Auras

Freydank